

Hilmer, Richard; Prange, Norman

Working Paper

Europa vor der EU-Wahl - in Sorge vereint: Was Wählerinnen und Wähler denken

Working Paper Forschungsförderung, No. 119

Provided in Cooperation with:

The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hilmer, Richard; Prange, Norman (2019) : Europa vor der EU-Wahl - in Sorge vereint: Was Wählerinnen und Wähler denken, Working Paper Forschungsförderung, No. 119, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2019052114283125159282>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/216042>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 119, Februar 2019

Europa vor der EU-Wahl – in Sorge vereint

Was Wählerinnen und Wähler denken

Richard Hilmer und Norman Prange

© 2019 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Europa vor der EU-Wahl – in Sorge vereint“ von Richard Hilmer und Norman Prange ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Haltung zur Europäischen Union	6
2.1 Künftige Struktur Europas	10
2.2 Vertrauen gegenüber den europäischen Institutionen	12
3. Wichtigste Aufgaben der EU und deren Erfüllung	14
4. Ausblick auf die Europawahl	21

1. Einleitung

Die Europäische Union hat schwere Zeiten hinter sich, aber möglicherweise noch kompliziertere vor sich. Bis Mitte der 2000er Jahre war die Europäische Union eine ungebrochene Erfolgsgeschichte, an der immer mehr Länder als Mitglied teilhaben wollten. Allein zwischen 2004 und 2007 stieg die Zahl der Mitgliedsländer von 15 auf 27, 2013 komplettierte Kroatien als vorläufig letzter Staat die aktuell 28 Mitgliedsländer umfassende Gemeinschaft. Hinzu kommen sieben Beitrittsstaaten, vier der EU assoziierte Staaten sowie einige weitere osteuropäische Länder, die ihren Beitrittswunsch bekundeten. Diese einzigartige Erfolgsgeschichte der EU gründet sich in erster Linie darauf, dass sie als Garant für Frieden, Freiheit und Demokratie gilt.

Ein weiteres, für den Zusammenhalt der Union zentrales Versprechen, dass sich die Mitgliedschaft auch ökonomisch lohnen würde, hat zuletzt allerdings an Überzeugungskraft eingebüßt. Angesichts anhaltender wirtschaftlicher Probleme vor allem in Griechenland, Italien und zuletzt auch in Frankreich sind bei den Bürgern dort zuletzt doch erhebliche Zweifel aufgekommen, dass die EU auch für steigenden Wohlstand steht. Erschwerend kommt hinzu, dass andere Mitgliedsländer, zuvörderst Deutschland, gestärkt aus der Krise hervorgingen, was für den Zusammenhalt der Union nicht unbedingt förderlich ist. Zusätzlich strapaziert wurde der Zusammenhalt durch die Zuspitzung der illegalen Zuwanderung in die EU, zumal die Mitgliedsstaaten in extrem unterschiedlicher Weise davon betroffen sind. Ein Ende der Streitigkeiten darüber ist nicht absehbar.

Diese Entwicklungen der letzten Jahre werden zweifelsohne Auswirkungen auf die anstehende Europawahl haben. Mindestens ebenso bedeutsam dürften aber die neuen Herausforderungen sein, mit denen sich die Union konfrontiert sieht. Hierzu gehören anhaltende zwischen- und innerstaatliche Konflikte unmittelbar an der Peripherie der EU und dazu gehört, dass die in diesem Kontext so wichtige Partnerschaft zu den USA unter Präsident Trump brüchig geworden ist. Seine aggressive Handelspolitik verunsichert zudem zumindest die exportorientierten Mitgliedsländer der EU. Und als wäre dies nicht alles schon genug, geht in dieser Situation auch noch erstmals ein Mitgliedsland von der Fahne, und zwar nicht irgendeines. Mit Großbritannien verlässt der drittgrößte, nach Wirtschaftskraft sogar zweitgrößte Mitgliedstaat und neben Frankreich die einzige Atommacht die Europäische Gemeinschaft.

Diese Ausgangslage hat speziell auch für Deutschland tiefgreifende Konsequenzen, die die Bürger bei Ihrer Entscheidung zur Europawahl am 23. Mai dieses Jahres zu berücksichtigen haben:

- Als „Export-Weltmeister“ ist Deutschland wie kaum ein anderes Land auf einen florierenden und funktionierenden Binnenmarkt angewiesen.
- Mit dem Ausscheiden von UK erwächst Deutschland eine gewachsene Verantwortung und eine höhere finanzielle Belastung.
- Die Forderung des US-Präsidenten Trump nach höheren Verteidigungsanstrengungen der EU richtet sich auch, wenn nicht in erster Linie an Deutschland.
- Nach den erfolglosen Versuchen, sich innerhalb der EU auf eine gemeinsame Migrationspolitik zu verständigen, bleibt auch in Deutschland die kontroverse Flüchtlingsdebatte virulent und damit die Gefahr eines Erstarkens populistischer Kräfte nach wie vor aktuell.

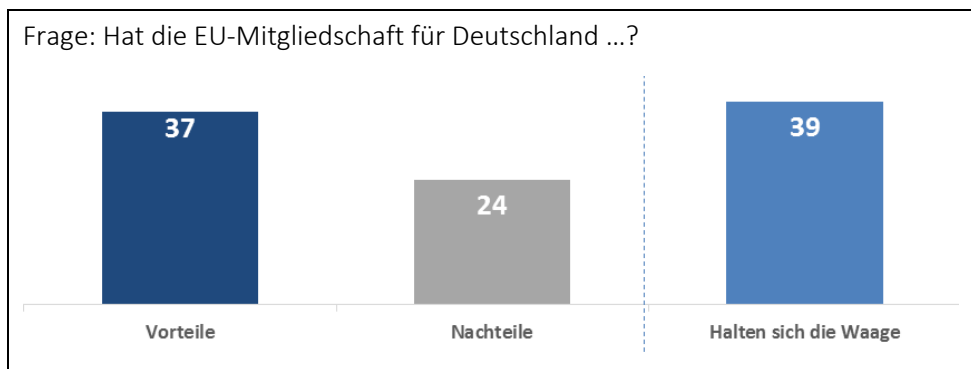
2. Haltung zur Europäischen Union

Die Europäische Union hat für Deutschland aus historischen Gründen eine besondere Bedeutung. Die Bildung der EWG – der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Vorläufer der Europäischen Union – bedeutete für die BRD

- eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederaufnahme in die internationale Staatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg,
- in Verbindung mit der Zugehörigkeit zur NATO die Garantie für eine feste Einbindung in den demokratischen Westen und
- eine wesentliche Voraussetzung für den Aufstieg Deutschlands zu einer der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen.

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ging zwar einher mit höheren Beiträgen für die EU, gleichwohl wurde die EU-Mitgliedschaft Deutschlands in der Vergangenheit von der großen Mehrheit seiner Bürger meist als vorteilhaft angesehen.¹ Dies änderte sich zwar 2015 im Zuge der Flüchtlingskrise kurzzeitig, die anhaltenden Konflikte an den Außengrenzen der EU, die Eintrübung der Beziehungen zu dem wichtigsten Bündnispartner USA und vor allem die Diskussion über die Folgen des anstehenden Brexit führte bei den Deutschen aber wieder zu einer stärkeren Sensibilisierung für die Vorteile der deutschen Mitgliedschaft.²

Abb. 1: Grundhaltung zur EU



Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680, Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

- 1 Laut Eurobarometer beurteilten die Deutschen nur zwischen 1995 und 2000 die EU-Mitgliedschaft eher skeptisch.
- 2 Vgl. „EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?“ (Berlin 2015) sowie „Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit“ (Berlin 2017) – zwei repräsentative Acht-Länder-Studien von *policy matters* im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

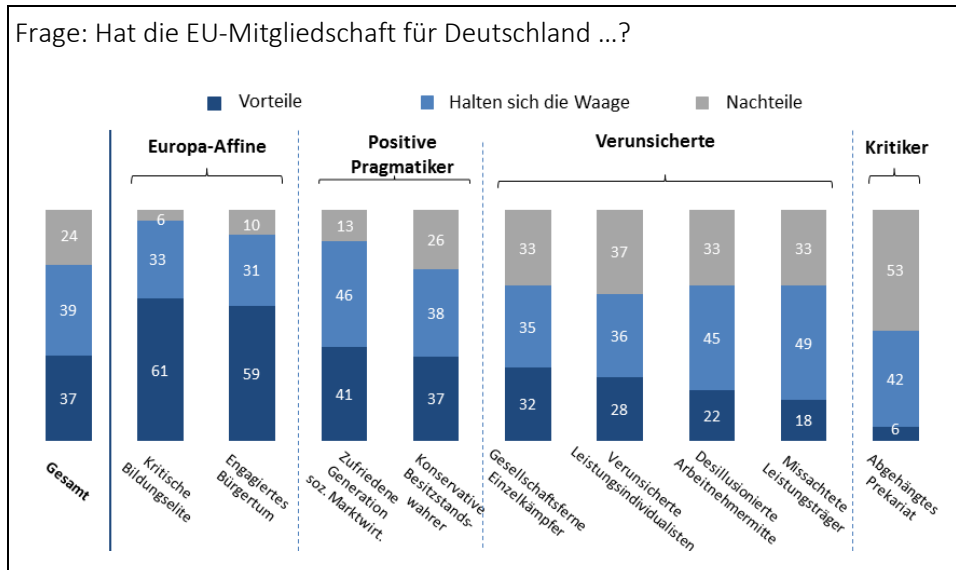
Die aktuellen Befunde liefern allerdings einen Beleg für die Volatilität der Grundhaltung der Deutschen gegenüber der EU. Deutlich mehr Bürger erachten zwar auch im Vorfeld der Europawahl die EU eher als vorteilhaft denn als nachteilig – 37 gegenüber 24 Prozent –, aber eine relative Mehrheit von 39 Prozent ist der Ansicht, Vor- und Nachteile hielten sich die Waage.

Ein mehrheitlich positives Fazit ziehen sowohl jüngere (54 Prozent) und ältere Wahlberechtigte (45 Prozent), während die mittleren Jahrgänge eher verhalten urteilen. Auffallend ist auch, dass Männer mehrheitlich die Vorzüge sehen (47 Prozent), während Frauen eher die Auffassung vertreten, dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen (48 Prozent). Die Haltung zur EU hängt vor allem aber vom gesellschaftlichen Status ab: von den Angehörigen der Oberschicht schätzt jeder Zweite die Vorzüge einer Mitgliedschaft deutlich höher ein als die Nachteile (47 zu 16 Prozent), wer sich dagegen selbst den unteren sozialen Schichten zurechnet, sieht die Mitgliedschaft eher als nachteilig an (24 zu 37 Prozent). In der weniger privilegierten Bürgerschaft haftet dem Projekt der Europäischen Gemeinschaft offenbar nach wie vor das Image eines „Elitprojektes“ an.

Dies wird auch erkennbar, wenn man die Einstellungen zur EU bei den im Rahmen der HBS-Studie „Soziale Lebenslagen“ entwickelten politischen Typen betrachtet. In Bezug auf das „Projekt Europäische Union“ kann man die Deutschen in vier Gruppen unterteilen. Ausgesprochen EU-affin sind die insgesamt weltoffenen Typen „Kritische Bildungselite“ und das „Engagierte Bürgertum“, die kaum Zweifel am Nutzen der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU haben. Diejenigen, die den Typen „Zufriedene Generation Soziale Marktwirtschaft“ und den „Konservativen Besitzstandswahrern“ zugehören, konstatieren zwar auch Nachteile, die aus der deutschen EU-Mitgliedschaft erwachsen, haben aber insgesamt ein eher positives Bild von der EU.

Bei vier Typen – den „Gesellschaftlichen Einzelkämpfern“, den „Verunsicherten Leistungsindividualisten“, den „Desillusionierten Arbeitnehmern“ und den „Missachteten Leistungsträgern“ – halten sich Licht- und Schattenseiten in ihrer EU-Wahrnehmung die Waage. Ein Typus sticht deutlich heraus: das „Abgehängte Prekariat“, dessen Angehörige sich mehrheitlich als unterprivilegiert empfinden, und die mehrheitlich die deutsche EU-Mitgliedschaft als nachteilig empfinden.

Abb. 2: Grundhaltung zur EU – politische Typen



Quelle: policy matters

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680, Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

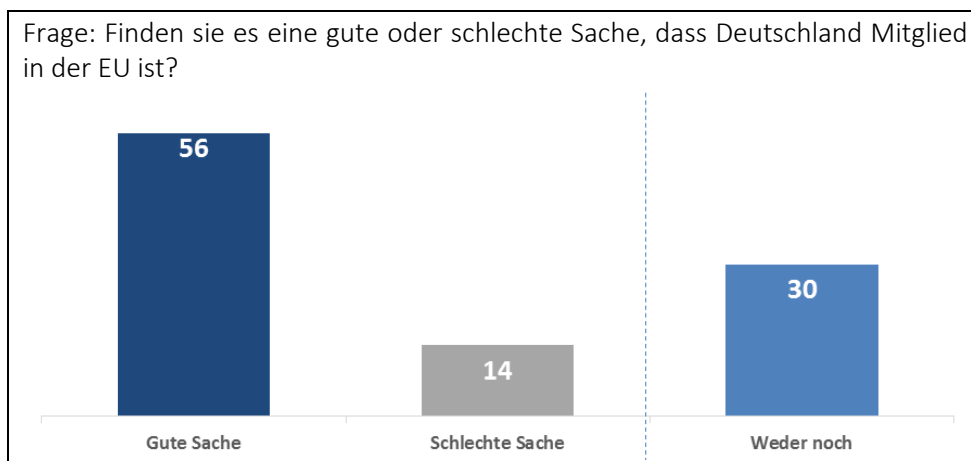
Dieses Einstellungsprofil findet in gewisser Weise eine Entsprechung bei den Parteianhängern. Auch die deutschen Parteien zeichnen sich durch unterschiedliche Haltungen zur EU aus, wobei hier eine klare Zweiteilung erkennbar ist. Union, SPD, Grüne FDP und Linke setzen zwar unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Wahlprogrammen zur Europawahl, lassen aber keinen Zweifel aufkommen, dass die EU-Mitgliedschaft für Deutschland eindeutige Vorteile mit sich bringt – was Kritikpunkte im Einzelnen natürlich nicht ausschließt. Einzig die AfD nahm zuletzt bei ihrem Europaparteitag in Riesa eine kritische Position zur EU ein. Die Bestrebungen des rechten Flügels zu einem sofortigen Austritt aus der Gemeinschaft fand dort zwar keine Mehrheit, allerdings wurden als Voraussetzung für einen Verbleib Deutschlands „grundlegende Reformansätze im bestehenden System der EU“ beschlossen. Gefordert wurden etwa die Abschaffung des Europäischen Parlaments sowie die Rückführung der EU in eine reine Wirtschaftsunion.

Ähnlich wie in der Migrationspolitik nimmt die AfD auch in der Europapolitik eine grundsätzlich andere Position ein als die anderen Parteien und bietet sich den Kritikern der Union als Sammelbecken an. Nicht ohne Erfolg: Knapp die Hälfte (47 Prozent) der EU-Kritiker neigt dazu, bei der Europawahl der AfD die Stimme geben – darunter auch die Mehrheit derer, die dem „Abgehängten Prekariat“ zuzuordnen sind. Während bei allen anderen Parteien die EU-Kritiker klar in der Minderheit sind, stellen sie bei der AfD eine Zwei-Drittel-Mehrheit (66 Prozent).

Die Grundhaltung zur Europäischen Union wird aber nicht nur von einer reinen Kosten-Nutzen-Abwägung bestimmt, auch emotionale Aspekte spielen dabei eine wichtige Rolle. Diese emotionalen Aspekte tragen deutlich stärker zu einem positiven Image der EU bei. Gut jeder Zweite (56 Prozent) findet, dass die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EU „eine gute Sache ist“, nur jeder Sechste (14 Prozent) ist gegenteiliger Ansicht. Die übrigen halten positive und negative Aspekte für ausgeglichen. Auch unter diesem Gesichtspunkt beurteilen Männer, Jüngere und Ältere sowie sozial Bessergestellte die Europäische Gemeinschaft überdurchschnittlich positiv, wobei wiederum die schichtspezifischen Bewertungen am deutlichsten differieren. Der Anteil derer, die die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, ist bei den Angehörigen der Oberschicht fast doppelt so hoch wie in der Unterschicht (68:36).

In emotionaler Hinsicht ist die Polarisierung innerhalb der Wählergruppen ähnlich ausgeprägt wie bei der Kosten-Nutzen-Betrachtung. Acht von zehn Wählern von Union, SPD und Grünen halten die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache, Gegenstimmen sind dort marginal. Die EU ist den Anhängern dieser drei Parteien quasi Herzensangelegenheit. Auch im Lager von Linken und FDP gibt es kaum grundsätzliche Kritik an der EU, Zweifel an der deutschen Mitgliedschaft äußern nur 9 bzw. 14 Prozent. Den Gegenpol bilden wieder die Anhänger der AfD, von denen 52 Prozent der Union mit Abneigung gegenüberstehen, nur knapp jeder Fünfte (18 Prozent) hält die deutsche Mitgliedschaft für eine gute Sache für Deutschland.

Abb. 3: Grundhaltung zur EU



Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680, Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

Die deutschen Arbeitnehmer haben im Übrigen ein leicht positiveres Bild von der Europäischen Union als die Gesamtbevölkerung. 61 Prozent halten die Mitgliedschaft Deutschlands für eine gute Sache, 40 Prozent sind auch überzeugt, dass sie vorteilhaft für Deutschland ist, nur 23 Prozent erachten sie eher als nachteilig.

2.1 Künftige Struktur Europas

Die mehrheitlich positive Grundhaltung gegenüber der EU findet ihren Niederschlag auch in dem Wunsch nach mehr Kooperation. Die große Mehrheit (83 Prozent!) der Deutschen wünscht sich eine **Intensivierung der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer**. Nennenswerte Ablehnung ist nur in der Anhängerschaft der AfD erkennbar, aber selbst hier spricht sich eine Mehrheit (57 Prozent) dafür aus, dass die Mitgliedsländer künftig stärker kooperieren.

In Hinblick auf die Struktur des künftigen Europas findet das Konzept eines **Kerneuropas** in der deutschen Bevölkerung breite Zustimmung (72 Prozent). Hierin dürfte auch die in früheren Untersuchungen erkennbar gewordene Skepsis der Deutschen gegenüber der Ausweitung der Europäischen Union um die Jahrtausendwende mitschwingen. Diese anhaltende Skepsis dürfte den teils doch massiven Divergenzen zwischen den etablierten westlichen Mitgliedsländern und eines Teils der erst nach 2004 dazu gekommenen östlichen Staaten vor allem in der Migrationspolitik, in Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit geschuldet sein. Einem solchen Kerneuropa könnte selbst eine knappe Mehrheit (52 Prozent) jener Bürger etwas abgewinnen, die der EU-Mitgliedschaft Deutschlands kritisch gegenüberstehen.

Die Zustimmung ist in allen Parteien sehr deutlich, mit Ausnahme wiederum der AfD, deren Anhänger auch einem Kerneuropa mehrheitlich kritisch gegenüberstehen (55 Prozent). Dies kann kaum überraschen, geht doch mit der Idee eines Kerneuropas auch die Forderung nach einer Vertiefung der Integration, mithin eine partielle Verlagerung bislang nationaler Zuständigkeiten nach Brüssel einher.

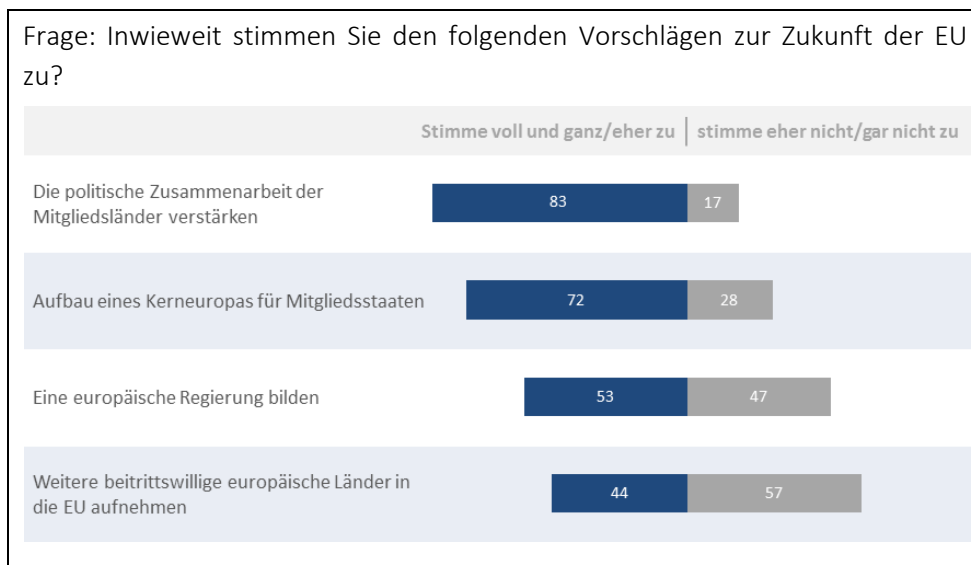
Mit der Verknüpfung ihrer jeweiligen Spitzenkandidaten mit der Besetzung des Kommissionspräsidenten haben die konservative und die sozialdemokratische Fraktion einen ersten, allerdings eher symbolischen Schritt gemacht in Richtung Wahl einer **europäischen Regierung** (nicht nur des Parlaments). So gesehen ist der aktuelle Kommissionspräsident Juncker der erste durch eine demokratische Wahl legitimierte „Regierungschef“. Die mit der Aufwertung der Spitzenkandidaten verbundene stärkere Personalisierung der letzten Europawahl hat vor allem in

Deutschland zu einer Mobilisierung der Wähler und zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung beigetragen.

Ungeachtet dessen wird das weitergehende Konzept einer europäischen Regierung sehr ambivalent bewertet. Bei einer knappen Mehrheit von 53 Prozent trifft diese Idee auf Zustimmung. Fast ebenso viele (47 Prozent) sprechen sich aber dagegen aus, darunter wiederum die klare Mehrheit der AfD-Parteigänger aber auch jeweils knapp die Hälfte der Wähler von Linken und FDP.

Immer wieder ein Streitpunkt innerhalb der Europäischen Union ist deren Erweiterung um weitere Mitgliedsländer. Eine solche Ausweitung ist auch in der deutschen Bevölkerung noch strittiger als die Bildung einer europäischen Regierung. Eine wenn auch knappe Mehrheit (57 Prozent) der Bundesbürger spricht sich gegen eine weitere Ausweitung der Europäischen Union aus. Vor allem älteren Wahlberechtigten bereitet dieser Gedanke Unbehagen (64 Prozent Ablehnung), während Jüngere der Aufnahme weiterer Mitglieder offener gegenüberstehen (56 Prozent Zustimmung).

Abb. 4: Künftiges Modell der Europäischen Integration



Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680, Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

Umstritten ist der Beitritt weiterer Staaten auch innerhalb der Anhängerschaft von Union, SPD, Grüne und Linken, deutlich dagegen sprechen sich mehrheitlich allerdings nur die Anhänger von FDP (64 Prozent) und AfD (79 Prozent) aus. Die Tatsache, dass der EU-Beitritt weiterer Länder unmittelbar bevorsteht – Serbien, Montenegro, (Nord-)Mazedonien –

und weitere Staaten ihren Willen zum Beitritt erklärt haben, dürfte bei der bevorstehenden Europawahl zwar kaum eine zentrale Rolle spielen, es besteht aber die Gefahr, dass vorhandene Vorbehalte gegenüber der EU dadurch tendenziell verstärkt werden.

2.2 Vertrauen gegenüber den europäischen Institutionen

Die grundsätzliche Sympathie für die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU ist nicht unterfüttert mit einer ausgeprägten Akzeptanz ihrer Institutionen. Nur jeweils ein Drittel der Deutschen gibt an, großes oder sehr großes Vertrauen in die Europäische Kommission oder in die Europäische Zentralbank zu haben, eine große Mehrheit vertraut diesen beiden Organen wenig oder gar nicht. Nicht besser schneidet das einzige durch freie Wahlen legitimierte EU-Gremium, das Europäische Parlament, ab. Seine Rechte wurden ja zuletzt spürbar ausgeweitet, nicht zuletzt um den Vorwurf gegenüber der EU abzuschwächen, sie sei unzureichend legitimiert. Nur vier Prozent setzen in die europäische Volksvertretung sehr großes, weitere 30 Prozent großes Vertrauen.

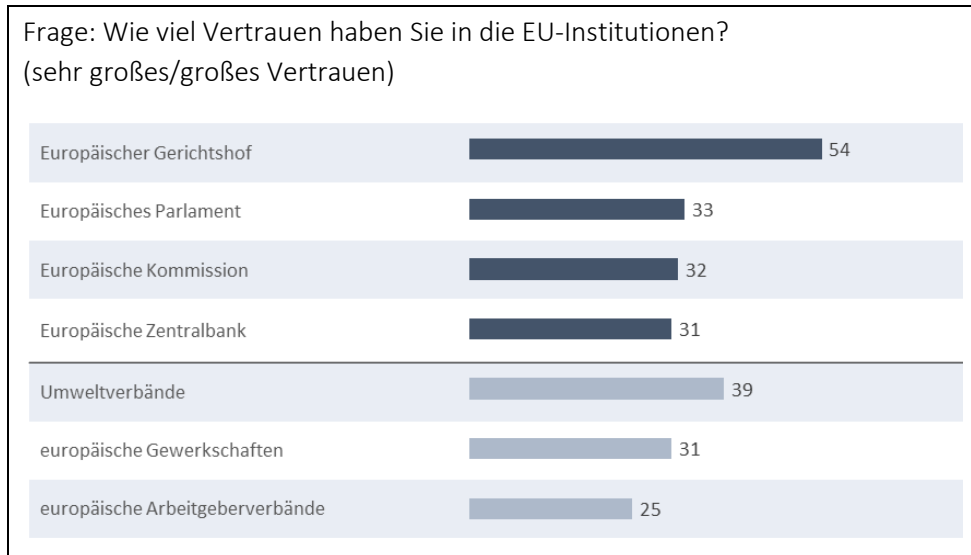
Einen deutlich besseren Ruf genießt einzig der Europäische Gerichtshof, dem eine Mehrheit vertraut, seiner Rolle als Hüter des Europäischen Gemeinschaftsrechts und als Korrektiv sowohl von Entscheidungen auf nationaler oder auf europäischer Ebene gerecht zu werden. Die Reputation der EU-Gremien unterscheidet sich damit in ihrer Struktur nur wenig von den deutschen Gremien. Auch bei uns haben die Bürger vergleichsweise großes Vertrauen in die Judikative, aber wenig Vertrauen in die Legislative und in die Exekutive.³ Die europäischen Institutionen reihen sich nahtlos ein in das grassierende Misstrauen gegenüber Institutionen im Allgemeinen.

Auch im Hinblick auf Vertrauen gegenüber den Einrichtungen der EU gilt es allerdings zu differenzieren. Einen etwas besseren Ruf als in der übrigen Bevölkerung genießen die Europäischen Institutionen durchweg bei jüngeren und älteren Wählern, bei Höhergebildeten sowie Personen, die sich der Oberschicht zurechnen. Letztere setzen als einzige Bevölkerungsgruppe sogar mehrheitlich Vertrauen in die Entscheidungen der Kommission (52 Prozent) und des Parlaments in Brüssel (53 Prozent). Entscheidenden Einfluss auf das Image hat wiederum die politische Orientierung. Wähler von Union, SPD und Grünen zeichnet eine insgesamt

³ In der Erhebung wurde auch das Vertrauen in deutsche Institutionen ermittelt: Ergebnis: in das Bundesverfassungsgericht haben 54 Prozent der Befragten Vertrauen, in den Deutschen Bundestag 33 Prozent und in die Bundesregierung 32 Prozent.

eher positive Einstellung auch gegenüber den EU-Institutionen aus, Anhänger von FDP und Linken legen deutlich mehr Zurückhaltung an den Tag, während die Sympathisanten der AfD vor allem der Kommission und dem Europäischen Parlament mit ausgeprägtem Misstrauen begegnen (89 bzw. 92 Prozent äußern wenig bis gar kein Vertrauen).

Abb. 5: Institutionenvertrauen



Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680, Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

3. Wichtigste Aufgaben der EU und deren Erfüllung

Angesichts der aktuellen Herausforderungen hat die Europäische Union wichtige Aufgaben in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sicherheits- und Umweltpolitik zu bewältigen. Durch einen Abgleich der Wichtigkeit der Aufgaben mit dem Stand ihrer Umsetzung wird ersichtlich, in welchen Bereichen jeweils der größte Handlungsbedarf für die Europäische Union aus Sicht der Deutschen besteht.

An oberster Stelle des Rankings der wichtigsten EU-Aufgaben steht die Friedenssicherung auf dem Kontinent. So halten 80 Prozent der Deutschen das Gründungsversprechen der Europäischen Union für sehr wichtig (Werte 6 und 7 auf einer Skala von 1 „gar nicht wichtig“ bis 7 „außerordentlich wichtig“, Durchschnitt: 6,2). Auf vergleichbar hohem Niveau rangieren zwei sicherheitspolitische Themen, darunter die gemeinsame Terrorbekämpfung (6,1) sowie der Schutz der Bürger vor Kriminalität (6,0). Das Sicherheitsbedürfnis der Deutschen scheint angesichts des islamistischen Terrors in Europa und der Sorgen über die Folgen der Zuwanderung aktuell sehr hoch zu sein. Allerdings zeigt der hohe Wert für die Aufgabe „Freiheit des Einzelnen gewährleisten“ (5,8), dass die Befragten eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit wünschen.

Abb. 6: Wichtigste Aufgaben in der EU (1)



Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent (entsprechen dem Durchschnittswert),
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680,
 Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

Neben diesen existentiellen Aufgaben ist den Deutschen die Durchsetzung von Lohngerechtigkeit wichtig: Etwa zwei Drittel der Befragten fordern die gleiche Bezahlung von Frauen und Männer für gleiche Arbeit (5,8). Überdies erwarten die Bundesbürger eine aktive Gestaltung der europäischen Wirtschaftspolitik: Die gerechte Besteuerung internationaler Unternehmen ist dabei eine vordringlich zu erfüllende Aufgabe (5,8). Der effektive Schutz der Umwelt (5,7) sowie die Wahrung der Demokratie in EU-Mitgliedsländern (5,7) – vornehmlich wohl in autoritär regierten osteuropäischen Staaten wie Polen und Ungarn – gehören nach Ansicht der Deutschen zu weiteren wichtigen EU-Prioritäten.

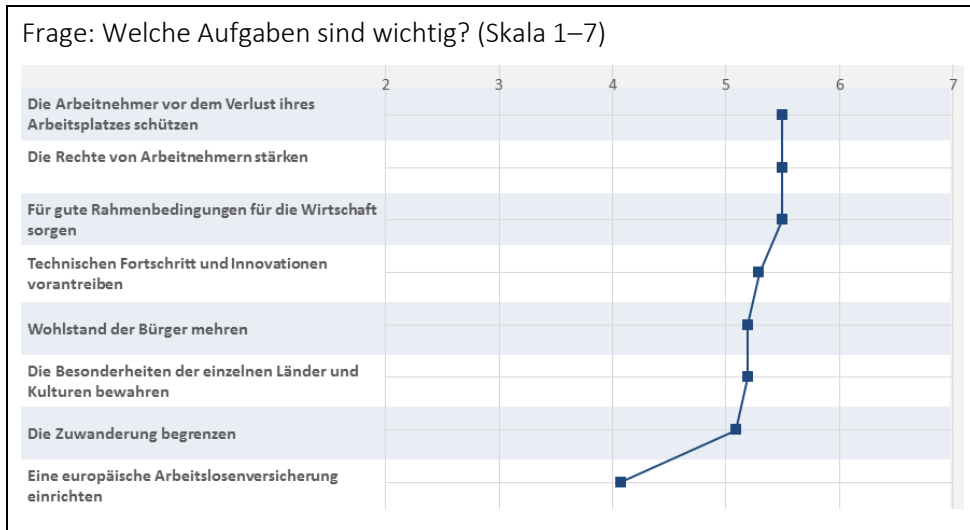
Dabei ergeben sich diverse soziodemografische und -strukturelle Unterschiede: Insbesondere Ältere halten die Friedenssicherung in Europa für eine überdurchschnittlich wichtige Aufgabe (über 50 Jahre: 6,4), wohingegen Jüngere dies für weniger wichtig erachten (18- bis 39-Jährige: 6,0). Auch bezüglich sicherheitspolitischer Themen ergibt sich ein altersspezifisches Muster: Die gemeinsame Terrorismusbekämpfung halten Ältere für überdurchschnittlich wichtig (über 50 Jahre: 6,4); Jüngere räumen diesem Thema hingegen nur mäßige Relevanz ein (18- bis 29-Jährige: 5,5). Ähnliches gilt für den Schutz der Bürger vor Kriminalität (über 50 Jahre: 6,1 und 18- bis 29-Jährige: 5,5). Beim Thema gleiche Bezahlung von Frauen und Männern zeigt sich, dass Frauen (6,0) dieses Thema als deutlich dringlicher als Männer wahrnehmen (5,5). Das Betreiben eines effektiven Umweltschutzes steht für Grünen-Wähler an oberster Stelle (6,3), während Wähler von FDP und AfD die Ökologie nur im Mittelfeld der EU-Agenda verorten (beide 5,3).

Zu weiteren wichtigen Aufgaben der Europäischen Union zählen aus Sicht der Deutschen arbeitnehmerrelevante Themen, wie der Schutz der Arbeitnehmer vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes sowie die Stärkung der Arbeitnehmerrechte (beide 5,5). Wirtschaftspolitische Ziele, wie die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (5,5), die Förderung des technischen Fortschritts (5,3) und das Ziel, den Wohlstand der EU-Bürger zu mehren (5,2), haben zumindest in Deutschland derzeit einen etwas geringeren Stellenwert.

Bemerkenswerterweise gilt dies auch für die Migrationspolitik. Die Forderung nach Begrenzung der Zuwanderung (5,1) scheint jedenfalls nach der Schließung der Balkanroute und angesichts sinkender Flüchtlingszahlen an Dringlichkeit eingebüßt zu haben.⁴ Auffallend ist zudem, dass die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung (4,1) aus Sicht der Deutschen nicht zu den prioritären EU-Aufgaben zählt.

4 Auch die an die Bundesregierung gerichtete Forderung nach Unterbindung der Zuwanderung zum Schutz der Sozialsysteme wird „nur“ noch von 48 Prozent geteilt – in der ersten Welle der HBS-Studie „Soziale Lebenslagen“ im Frühjahr 2017 waren es noch 54 Prozent.

Abb. 7: Wichtigste Aufgaben in der EU (2)



Quelle: *policy matters*

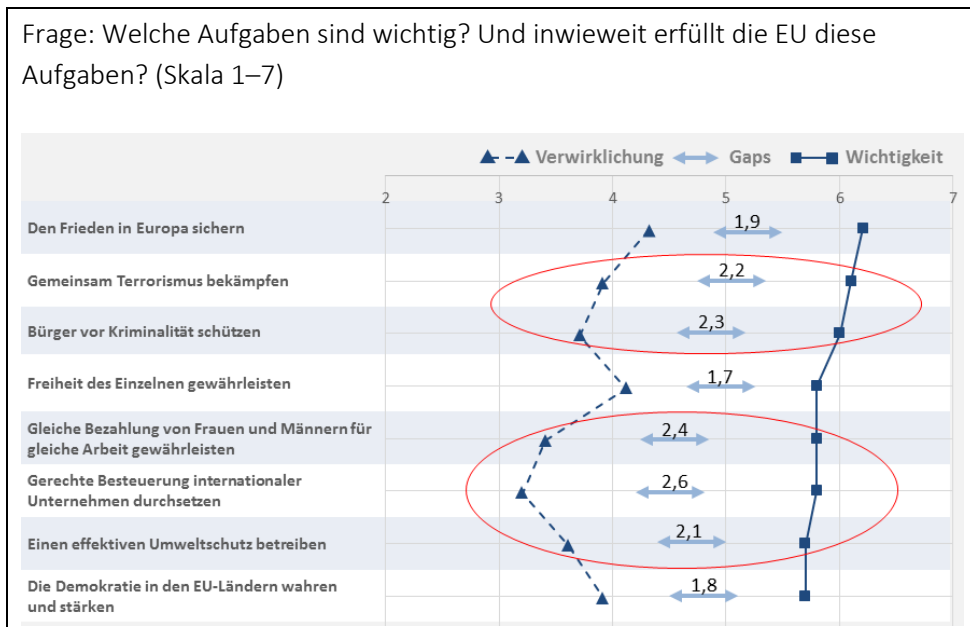
Anmerkungen: Angaben in Prozent (entsprechen dem Durchschnittswert),
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680,
 Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

Soziodemografische und -strukturelle Unterschiede ergeben sich etwa bei arbeitnehmerrelevanten Themen: Der Schutz der Arbeitnehmer vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes ist vor allem Angehörigen aus der Unterschicht ein wichtiges Anliegen (5,8) – Angehörige der oberen Mittelschicht und der Oberschicht erachten diese Forderung als weniger vorrangig (beide 5,4). Gleiches gilt für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte (Unterschicht: 5,7 vs. Oberschicht: 5,3). Bei der Begrenzung der Zuwanderung zeigen sich gleichermaßen schicht- und bildungsspezifische Unterschiede: Einfach Gebildete (5,4) und Angehörige der Unterschicht (5,6) halten diese Aufgabe für deutlich wichtiger als höher Gebildete (4,7) oder Angehörige der Oberschicht (4,9). Auch im Hinblick auf die Parteipräferenz ergeben sich erhebliche Divergenzen: Während die Begrenzung der Zuwanderung nur von einer Minderheit der Grünen-Wähler für relevant erachtet wird (4,0), messen AfD-Wähler diesem Thema eine überwältigende Bedeutung bei (6,6). Das Migrationsthema polarisiert zudem entlang des Bildungsstands sowie der Schichtzugehörigkeit, was sich letztlich auch in elektoraler Hinsicht niederschlägt.

Ein Blick auf die wahrgenommene Verwirklichung der Aufgaben zeigt, dass teilweise erhebliche Handlungsbedarfe seitens der Europäischen Union gesehen werden. Die Verwirklichungsdefizite lassen sich durch die Differenz zwischen der Wichtigkeit der Aufgaben und ihrer Erfüllung darstellen („Gap“), wobei die Erfüllung wiederum auf einer Skala von 1 „in keiner Weise erfüllt“ bis 7 „zu meiner vollen Zufriedenheit erfüllt“ ab-

gefragt wurde. Die größten Gaps und damit der größte Handlungsdruck ergeben sich in punkto Sicherheit und Gerechtigkeit. Zu den prioritären Aufgaben in diesen Themenfeldern zählen die faire Besteuerung von internationalen Unternehmen (Verwirklichung: 3,2|Wichtigkeit: 5,8, Gap: ↔2,6), die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Arbeit (3,4|5,8:↔2,4), der Schutz der Bürger vor Kriminalität (3,7|6,0:↔2,3) sowie die gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus (3,9|6,1:↔2,2). Auch das Betreiben eines effektiven Umweltschutzes halten die Deutschen bislang für unzureichend umgesetzt (3,6|5,7:↔2,1). In diesen Fragen erwarten die Bundesbürger dringend mehr Engagement durch die Europäische Union.

Abb. 8: Wichtigste Aufgaben in der EU – Gaps (1)



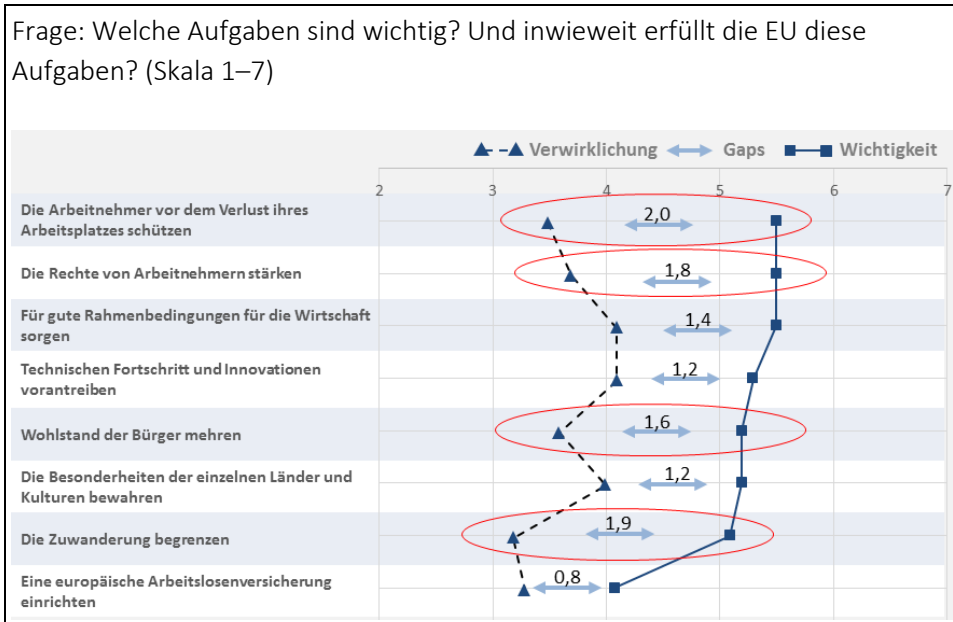
Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent (entsprechen dem Durchschnittswert),
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680,
 Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

Im Mittelfeld des Gap-Rankings rangieren arbeitnehmerrelevante Aspekte, darunter der Schutz der Arbeitnehmer vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes (3,5|5,5:↔2,0) und die Stärkung der Arbeitnehmerrechte (3,7|5,5:↔1,8). Die Migrationsfrage hat zwar etwas an Relevanz eingebüßt, dennoch sehen die Bürger hier das größte Realisierungsdefizit (3,2|5,1:↔1,9). Die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit fällt des-

halb sehr groß aus, ungeachtet der Erfolge beim Schutz der europäischen Außengrenzen, etwa durch das EU-Türkei-Abkommen.

Abb. 9: Wichtigste Aufgaben in der EU – Gaps (2)



Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent (entsprechen dem Durchschnittswert),
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680,
 Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

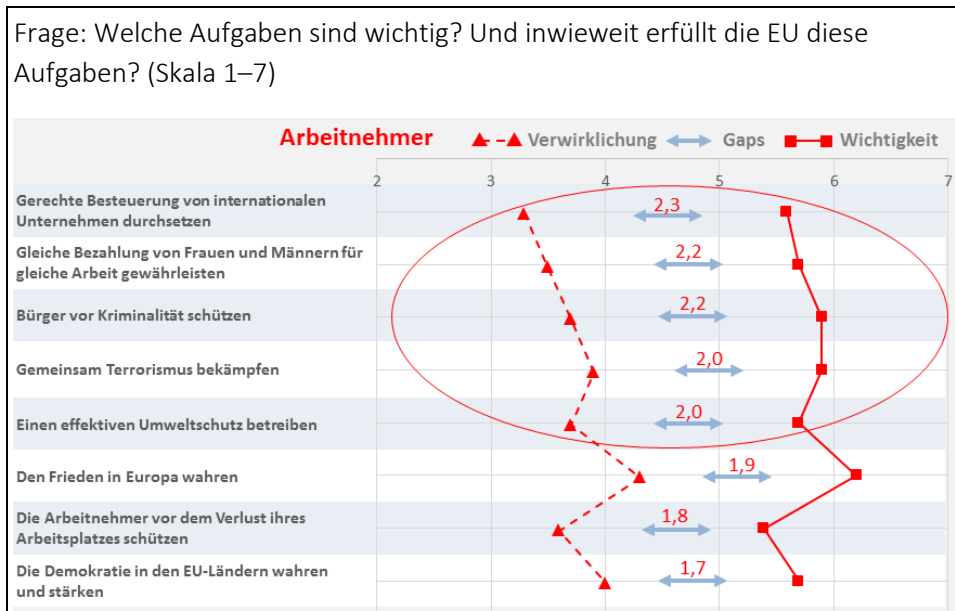
Bei anderen Themen ergeben sich geringere Gaps, wozu die Sicherung des Friedens in Europa (4,3|6,2: ↔1,9) und die Gewährleistung der Freiheit des Einzelnen (4,1|5,8: ↔1,7) gehören. Bei diesen Aufgaben wird der Handlungsbedarf als weniger dringlich angesehen. Die Wahrung der Demokratie in den EU-Mitgliedsländern (3,9|5,7: ↔1,8) bedarf zwar weiterer Bemühungen seitens der Europäischen Union, besitzt jedoch nicht die oberste Priorität. Auch die Mehrung des Wohlstands der Bürger (3,6|5,5: ↔1,6) ist aus Sicht der Deutschen kein vordringliches Thema für die EU.

Zu den Aufgaben, bei denen geringerer Handlungsbedarf besteht, gehören auch die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (4,1|5,5: ↔1,4), das Vorantreiben des Fortschritts und der Innovationen (4,1|5,3: ↔1,2) sowie die Wahrung der Besonderheiten einzelner Länder und Kulturen (4,0|5,2: ↔1,2). In Bezug auf die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung wird deutlich, dass die Deutschen in dieser Frage keinen nennenswerten Handlungsbedarf sei-

tens der Europäischen Union sehen und mit dem Status quo zufrieden zu sein scheinen (3,3 | 4,1: ↔0,8).⁵

Werden ausschließlich die Verwirklichungsdefizite aus der Sicht von Arbeitnehmern betrachtet, fällt auf, dass an oberster Stelle der EU-Prioritätensetzung zentrale Gerechtigkeits- und Arbeitsmarktthemen stehen. Dazu zählen die gerechte Besteuerung von internationalen Unternehmen (3,3 | 5,6: ↔2,3), die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Arbeit (3,5 | 5,7: ↔2,2) sowie der Schutz der Arbeitnehmer vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes (3,6 | 5,4: ↔1,8). Erst danach folgen sicherheitspolitische Aufgaben wie der Schutz der Bürger vor Kriminalität (3,7 | 5,9: ↔2,2) sowie die Terrorismusbekämpfung (3,9 | 5,9: ↔2,0). Der effektive Schutz der Umwelt (3,7 | 5,7: ↔2,0) rangiert im Mittelfeld der Rangfolge.

Abb. 10: Übersicht: Größte Gaps aus Sicht von Arbeitnehmern



Quelle: policy matters

Anmerkungen: Angaben in Prozent (entsprechen dem Durchschnittswert),

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680,

Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

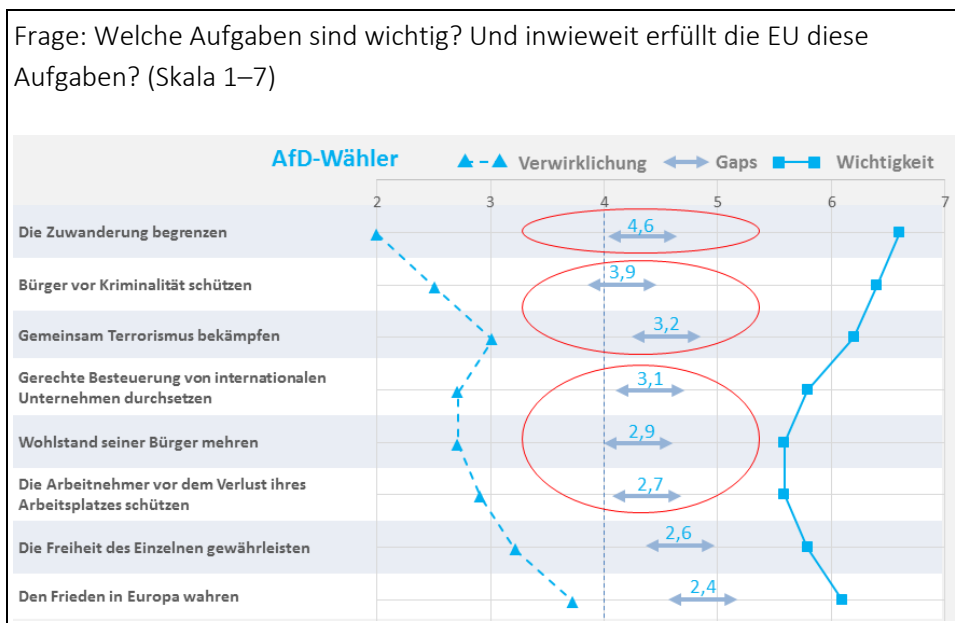
Die Wahrung der Demokratie sehen die deutschen Arbeitnehmer in den EU-Mitgliedsländern (4,0 | 5,7: ↔1,7) als vergleichsweise gut verwirk-

⁵ Die Arbeitslosenversicherung gilt in Deutschland auch primär als nationale nicht als europäische Aufgabe. Hier fungiert nicht nur in Deutschland der eigene Staat als wichtiger Haltepunkt für soziale Sicherheit. Vgl. die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit“, Berlin 2017.

licht. Genau wie alle Befragten halten die Arbeitnehmer auch die Wahrung des Friedens in Europa (4,3|6,2: ↔1,9) als relativ gut gesichert. Die gleichwohl vorhandene Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit ist aber sicherlich auch als Auftrag an die Politik zu verstehen, alles sicherzustellen, dass dies auch so bleibt, da Frieden in Europa nicht mehr als etwas Selbstverständliches angesehen wird.

Aus der Parteiperspektive fällt einzig die AfD aus dem Rahmen. Auch Sicht ihrer Wähler schneidet die Europäische Union bei der überwiegenden Mehrheit der Aufgaben vergleichsweise schlecht ab. Dies gilt insbesondere für die Themen Migration und Kriminalität, die den AfD-Wählern besonders wichtig sind und in denen sie eklatante Defizite beklagen (2,0|6,6: ↔4,6 – der größte gemessene Gap zwischen Wunsch und Wirklichkeit). Die Sicherheitspolitik ist der zweite Bereich, bei dem die AfD-Wähler erhebliche Defizite beklagen. Das Verwirklichungsdefizit beim Schutz der Bürger vor Kriminalität fällt unter AfD-Wählern höher aus als in allen anderen Gruppen (2,5|6,4: ↔3,9), und auch bezüglich der Terrorismusbekämpfung (3,0|6,2: ↔3,2) kommt die Europäische Union aus Sicht der AfD-Wähler nicht ihrer Pflicht nach.

Abb. 10: Übersicht: Größte Gaps aus Sicht von AfD-Wählern



Quelle: policy matters

Anmerkungen: Angaben in Prozent (entsprechen dem Durchschnittswert),

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680,

Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

4. Ausblick auf die Europawahl

In der Europawahl entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Entsendung der deutschen Vertreter ins Europäische Parlament. Faktisch spielte dies meist nur eine untergeordnete Rolle, da das Parlament in den deutschen Medien kaum vorkommt, die Wenigsten eine Vorstellung von der dort geleisteten Arbeit haben und weil zudem die deutschen Europaabgeordneten weitgehend unbekannt sind. Deshalb standen bei den zurückliegenden Europawahlen bei der Stimmabgabe der deutschen Wählerinnen und Wähler meist nationale Themen und die Politik im Bund im Vordergrund. Das änderte sich bei der letzten Europawahl ein wenig, was weniger daran lag, dass das Europäische Parlament an Kompetenz und damit an Gewicht gewonnen hatte, sondern weil die Wahl 2014 stärker personalisiert war als die vorangegangenen Europawahlen. Erstmals ging es bei dieser Wahl wie bei den meisten anderen demokratischen Wahlen auch darum, wer „Regierungschef“ werden würde.⁶

Diese Neuerung erwies sich auf Anhieb als erfolgreich, denn erstmals in der europäischen Wahlgeschichte sank die Wahlbeteiligung nicht.⁷ In Deutschland fiel dieser Effekt besonders stark aus, die Wahlbeteiligung stieg hier sogar signifikant von 43,27 auf 47,90 Prozent. Etwa die Hälfte dieses Anstiegs war in den diesmal zahlreicheren zeitgleich zur Europawahl durchgeführten Kommunalwahlen begründet. Ausschlaggebend war aber auch, dass der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten aus Deutschland kam und dadurch der Wahl noch eine stärker personalisierte Note gab. Mit Martin Schulz, dem Präsidenten des Europaparlaments, bot die SPD zudem einen der bekanntesten Europapolitiker auf. Von der stärkeren Wahlbeteiligung profitierte denn auch in erster Linie die SPD, die erstmals bei einer Europawahl ihren Stimmenanteil steigern konnte (um immerhin 6,5 Prozentpunkte).

Auch bei der anstehenden Wahl kommt einer der beiden Spitzenkandidaten aus Deutschland. Diesmal liegt aber der strategische Vorteil bei der Union. Im November kürte die Europäische Volkspartei ihren Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber (CSU) zu ihrem Spitzenkandidaten. Mit Katharina Barley tritt allerdings die SPD mit einer nationalen Spitzenkandidatin an, die als amtierende Bundesjustizministerin mindestens ebenso bekannt ist und als Politikerin ähnlich geschätzt wird wie Weber.

6 Die beiden großen EU-Fraktionen, die konservative und die sozialdemokratische, einigten sich im Vorfeld darauf, dass der Spitzenkandidat der nach der Wahl stärksten Fraktion auch Präsident der Europäischen Kommission werden solle.

7 Die Wahlbeteiligung stieg sogar minimal von 43,0 auf 43,09 Prozent.

Für Spannung und öffentliche Aufmerksamkeit dürfte bei der anstehenden Wahl also gesorgt sein.

Wie immer bei Europawahlen wird auch die bundespolitische Grundstimmung einen gewichtigen Einfluss auf die Wahlentscheidung im Mai haben. Mit Blick auf die aktuellen Umfragen gehen Union und SPD diesmal deutlich geschwächt in diese Wahl. Bundesweit rangiert die Union derzeit bei 30 Prozent, die SPD sogar nur bei 15 Prozent und damit zwei Punkte hinter den Grünen und nur gleichauf mit der AfD.

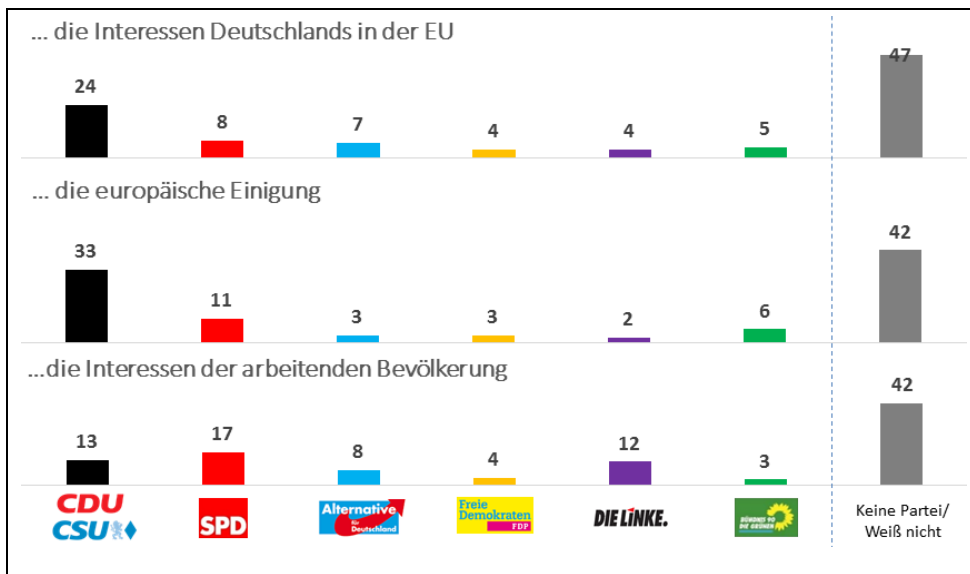
Im Europaparlament und den anderen europäischen Gremien geht es natürlich immer auch um die Vertretung nationaler Interessen. Bei ihrer Wahlentscheidung dürfte deshalb auch maßgeblich sein, welche Partei nach Einschätzung der Wählerinnen und Wähler die Interessen des eigenen Landes am besten vertritt. In Deutschland hat dabei die Union derzeit klare Vorteile, denn ihr traut dies jeder Vierte Wahlberechtigte zu, womit sie klar vor allen anderen Wettbewerbern liegt. Die Sozialdemokraten genießen diesbezüglich nur das Vertrauen von acht Prozent, womit sie nur knapp über den Werten für die übrigen Parteien liegen. Insgesamt ist der Befund allerdings für die deutschen Parteien insgesamt wenig schmeichelhaft, denn knapp jeder Zweite weiß hier keine Partei seines Vertrauens zu benennen (18 Prozent) oder traut keiner Partei zu (29 Prozent), den Interessen des eigenen Landes Geltung zu verschaffen.

Eine der zentralen Aufgaben des neuen EU-Parlaments und der neuen Kommission dürfte darin liegen, den durch zuletzt zunehmende Differenzen innerhalb der EU und durch den Austritt Großbritanniens etwas brüchig gewordenen Zusammenhalt der Gemeinschaft wieder zu stärken. In dieser Hinsicht setzen die Bürger in erster Linie auf die Kraft der im Europäischen Parlament traditionell dominierenden Volksparteien. Auch hier hat die Union klare Vorteile: 33 Prozent sind der Ansicht, sie könne am ehesten dazu beitragen, die Europäische Union zusammenzuhalten, auf die SPD setzen nur 11 Prozent. Andere Parteien können hier wenig Vertrauen generieren. Die weitaus größte Gruppe stellen aber mit 42 Prozent wiederum diejenigen, die keiner Partei zutrauen, ein weiteres Auseinanderdriften der EU zu verhindern.

Wie im Vorkapitel ausgeführt, gehört die Vertretung der Belange von Arbeitnehmern aus Sicht der Deutschen zu den wichtigsten Aufgaben des künftigen Europaparlaments, und zudem zu den Aufgaben mit dem größten Handlungsbedarf. Aus dieser Prioritätensetzung können vor allem die Sozialdemokraten Mut schöpfen, die sich ja traditionell vor allem der Arbeitnehmerschaft verpflichtet fühlen. Tatsächlich trauen die Wahlberechtigten am ehesten der SPD zu, Arbeitnehmerinteressen erfolgreich ins Parlament einzubringen. In diesem Punkt generiert sie mit 17

Prozent etwas mehr Vertrauen der Wahlberechtigten als die Unionsparteien (13 Prozent). Aber auch auf Linke (12 Prozent) und AfD (acht Prozent) setzen viele, wenn es um die Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten geht. Die Präferenzen der Arbeitnehmer selbst weichen davon nur in Nuancen ab. Der Anteil derer, die ihre eigenen Interessen bei der Union gut aufgehoben sieht, ist etwas höher und der Anteil, der eher auf die Linke setzt, unwesentlich niedriger als in der Gesamtbevölkerung.

Abb. 11: Einsatz der Parteien für ...



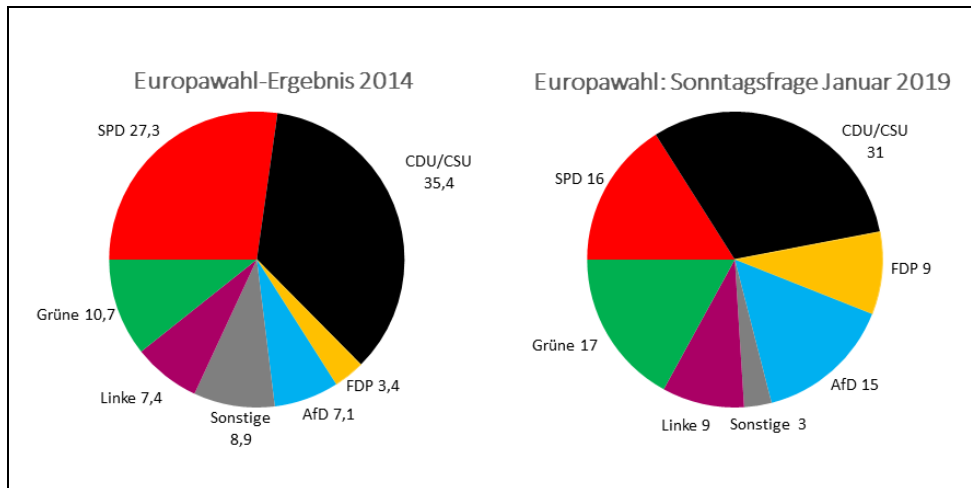
Quelle: policy matters

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680, Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

Für die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler und damit für den Ausgang der Wahl dürfte mit ausschlaggebend sein, welcher Partei am ehesten zugetraut wird, für Sicherheit in Europa zu sorgen. In Bezug auf die Sicherung des Friedens in unsicher gewordenen Zeiten könnte sich dies für die SPD als vorteilhaft erweisen, falls es ihr gelingt, an ihr in Zeiten des Kalten Krieges und zuletzt bei dem von der deutschen Bevölkerung abgelehnten Irakkrieg geschärftes Profil als Friedenspartei anzuknüpfen. Den ebenfalls eingeforderten verstärkten Schutz vor Kriminalität und Terrorismus dürften dagegen viele eher bei den Unionsparteien verortet sehen. Und wem zuvörderst an einer Begrenzung der illegalen Migration gelegen ist, dem bietet sich – wie bereits gesehen – vor allem die AfD als Wahlalternative an.

Die im Rahmen der Studie erhobene aktuelle Parteipräferenz für die anstehende Europawahl unterscheidet sich nicht wesentlich von der aktuellen Parteineigung für eine Bundestagswahl.

Abb. 12: Vergleich: EU-Wahl 2014 vs. politische Stimmung



Quelle: *policy matters*

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland, Zahl der Befragten: 2680, Erhebungszeitraum: 7. bis 16. Januar 2019

In beiden Fällen liegt die Union klar vor den übrigen Parteien, müsste aber mit leichten Verlusten rechnen. Ein deutlich schwächeres Abschneiden droht der SPD, die aber bei der Europawahl wie zuletzt auf ein etwas besseres Ergebnis hoffen kann als auf Bundesebene. Gleichwohl liegt sie da wie dort aktuell hinter den Grünen und fast gleichauf mit der AfD. Die Linke liegt leicht über ihrem bei der letzten Europawahl erzielten Niveau, die FDP kann sich berechtigte Hoffnung machen, nach dem Scheitern in 2014 im neuen Europaparlament wieder vertreten zu sein.

Aber dringender als bei anderen Wahlen gilt hier der Warnhinweis, dass es sich hierbei um eine Stimmungsmessung und keine Prognose des Wahlausgangs handelt. Denn einer Europawahl messen die Bürger traditionell eine weit geringere Bedeutung zu als einer Bundestagswahl oder einer Landtagswahl, weshalb auch Wahlbeteiligung und Ausgang der Wahl sehr volatil sind. Angesichts der grassierenden Verunsicherung in der Bevölkerung können schon vergleichsweise kleine Vorkommnisse große Auswirkungen auf die Wahlentscheidung haben. Zudem kommt dem Wahlkampf und der strategischen Kommunikation auf allen Ebenen eine zentrale Rolle zu. Aus deutscher Sicht sind die Akteure in der Europäischen Union demnach gut beraten, sich zukünftig besonders auf die Lösung von Gerechtigkeits-, Sicherheits-, Umwelt- sowie

Migrationsfragen zu fokussieren. Bei diesen Themen ergeben sich die größten Verwirklichungsdefizite, aus denen sich eine Rangfolge der größten Handlungsbedarfe seitens der Europäischen Union ableiten lässt. Vor dieser Herausforderung stehen insbesondere die beiden Volksparteien, denn nur wenn sie darauf überzeugende Antworten finden, können sie ihren Abwärtstrend stoppen und nur so lässt sich ein weiteres Erstarken rechtspopulistischer Kräfte wie der AfD im EU-Parlament verhindern.

Die EU durchlebt vor der Europawahl am 23. Mai schwierige Zeiten: Der Brexit droht chaotisch zu werden, der US-Präsident droht mit Handelskrieg, rechtspopulistisch dominierte Regierungen strapazieren die Geduld der europäischen Partner. Nichtsdestoweniger bringen die meisten Deutschen dem europäischen Projekt Wohlwollen entgegen. Das zeigt eine repräsentative Befragung von rund 2700 Wahlberechtigten, die das Berliner Forschungsinstitut policy matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat. Wichtige Einzelergebnisse: Die EU sollte sich nach Ansicht der Befragten neben sicherheitspolitischen Zielen mehr Lohngerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte auf die Fahnen schreiben.
